

Konferenzbericht

Vom 20. – 22. April fand die AGBR-Konferenz 2005 im Forschungszentrum Karlsruhe statt. Es nahmen ca. 40 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften teil.¹

Die Betriebs- und Personalräte stimmen mit dem Vorstandsvorsitzenden des Forschungszentrums Karlsruhe, Prof. Manfred Popp, darin überein, dass die wissenschaftliche Mitbestimmung eine bewährtes und erprobtes Instrument ist, die Wissenschaftler für ihre Tätigkeit zu motivieren und zu begeistern. Sie ist deshalb ein Vorteil, um sich im europäischen Forschungsraum zu behaupten. Die Betriebs- und Personalräte fordern deshalb, die Leitlinien² zur Mitwirkung und Mitbestimmung in Wissenschaft und Forschung weiterzuentwickeln; sie beobachten mit Sorge die derzeitigen Bestrebungen, diese Mitbestimmungsform einzuschränken bzw. abzuschaffen ([Plädoyer](#)).

In einem [Vortrag](#) von Prof. Armin Grunwald (Forschungszentrum Karlsruhe) „Evaluierung ohne Ende – Qualitätsverbesserung in der Forschung?“ wurde die Evaluierungspraxis in allen Forschungsorganisationen kritisch untersucht. Die Sicherung der Qualität der Forschung erfordert ein höheres Maß an Differenzierung der Evaluierungskriterien, mehr Transparenz und ein ausgewogenes Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Die gegenwärtige Häufigkeit der Evaluierungen und die Konzentration auf rein quantitative Merkmale mit ihrer scheinbaren Objektivität sind im Sinne der Qualitätsverbesserung eher kontraproduktiv.

Die Absicht des BMBF, die Gleichstellung von Mann und Frau im Betrieb durchzusetzen wird begrüßt. Die Betriebs- und Personalräte verwahren sich aber gegen wiederholte Versuche des Ministeriums, unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen und betrieblicher Vereinbarungen direkt in die innerbetrieblichen Vorgänge einzugreifen und spezifische Regelungen vorzuschreiben.

Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag von Dr. Klaus Peters ([Institut](#) für Autonomieforschung Köln) zur Vertrauensarbeitszeit mit dem Titel „Neue Autonomie in der Arbeit – mehr Druck durch mehr Freiheit“. Es wurde deutlich, dass die neuen Methoden der indirekten Mitarbeitersteuerung nur vordergründig den Beschäftigten mehr Freiheiten versprechen, in Wirklichkeit aber zur verschärften Selbstausbeutung verleiten. Vertrauensarbeitszeit ist ein Baustein der indirekten Organisationssteuerung, bei der es sich um einen revolutionären Paradigmenwechsel handelt, auf den nach Ansicht des Referenten weder Gewerkschaften noch Betriebs- und Personalräte derzeit eine angemessene Antwort parat haben. Hierzu müssen neue Perspektiven entwickelt werden.

Die Betriebs- und Personalräte fordern die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Bundesländer auf, ihre Blockadehaltung gegen den von den zuständigen Forschungsministern in der Bund-Länderkommission beschlossenen Pakt für Forschung und Innovation aufzugeben. Die im Pakt versprochenen Mittelsteigerungen um 3% pro Jahr bis zum Jahr 2010 werden als absolutes Minimum angesehen. Sie reichen auch nicht aus, um das in Lissabon vereinbarte Ziel der europäischen Regierungschefs zu erreichen, Europa zur innovativsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Außerdem dürfen sie nicht zu Lasten der Projektförderung gehen.

Für ein rohstoffarmes Land ist Energieforschung eminent wichtig. Auf den Gebieten Fusion und regenerative Energien hat Deutschland einen internationalen Spitzenplatz, der nicht aus politischen Gründen gefährdet werden darf. Die Konferenz fordert, dass nicht einer dieser Forschungsbereiche zu Lasten des anderen gefördert wird.

Die [AGBR bittet](#) die Forschungsministerin Frau Bulmahn, dass Auszubildende nach der Ausbildung mindestens ein halbes Jahr weiterbeschäftigt werden. Die Investition Ausbildung muss sich lohnen, für die Forschungseinrichtungen und junge Menschen gleichermaßen.

¹ Die **ArbeitsGemeinschaft** der **Betriebs-** und **PersonalRäte** außeruniversitärer Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) – vertritt etwa 62 000 in Forschung und Entwicklung Beschäftigte.

² [Leitlinien](#) = „Leitlinien des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zu Grundsatz-, Struktur- und Organisationsfragen von rechtlich selbständigen Forschungseinrichtungen“, 1971